

Von: YYY@weiterbildung-hamburg.net>

Gesendet: Freitag, 24. April 2026 11:11

An: XXX@bundestag.de

Betreff: Referentenentwurf - DRV / Honorarbeschäftigung

Lieber XXX,

als erstes darf ich mich ... für das konstruktive und vertrauensvolle Gespräch mit Ihnen ... Ende März bedanken.

Wir haben uns dabei u.a. zum Themenkomplex DRV – Honorarprofessoren – Scheinselbstständigkeit sowie den spürbaren Auswirkungen auf die Bildungslandschaft und die Beschäftigtenqualifizierung ausgetauscht.

Die jüngste Verlängerung des Moratoriums bis zum 31.12.2027 sorgt zwar kurzfristig für etwas Luft, löst aber das strukturelle Problem nicht. In der Praxis bleibt die Unsicherheit für Bildungsträger und Dozenten bestehen – mit unmittelbaren Folgen für die Verlässlichkeit von Qualifizierungsangeboten.

Der kurz vor Ostern bekannt gewordene Referentenentwurf geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Insbesondere bei der Frage der Vertretungsregelungen für Selbstständige zeichnet sich eine praxistauglichere Lösung ab. Gleichwohl sehen wir weiterhin Nachsteuerungsbedarf, etwa im Sinne einer echten Bürokratieentlastung bei der Abführung von Sozialabgaben. Hier könnte eine stärkere Einbindung der Finanzverwaltung ein sinnvoller Ansatz sein, da dort die Einkünfte ohnehin erklärt werden. Bildungsträger könnten ergänzend die tatsächlichen Einsatzzeiträume melden.

Im filigranen Uhrwerk der Qualifizierung – gerade im Kontext der AZAV – ist der flexible Einsatz von Honorarprofessoren ein zentrales Element. Ohne diese Flexibilität geraten sowohl die Integration von Arbeitslosen als auch die dringend notwendige Beschäftigtenqualifizierung im Zuge der Transformation ins Stocken.

Wenn politisch der Anspruch formuliert wird, Vermittlung in Arbeit zu priorisieren und Qualifizierung stärker in den Betrieb zu verlagern, dann braucht es dafür auch verlässliche und praxistaugliche Rahmenbedingungen. Eine zeitnahe gesetzliche Klärung wäre hier ein wichtiges Signal.

Ich nehme aktuell wahr, dass weniger der Inhalt als vielmehr das Verfahren des Referentenentwurfs kritisch gesehen wird. Aus Sicht der Bildungsverbände steht jedoch das Ergebnis im Vordergrund: Wir benötigen eine tragfähige Lösung, die Weiterbildung ermöglicht – nicht behindert.

...

Vor diesem Hintergrund meine Frage: Ist aus Ihrer Sicht noch vor der Sommerpause mit einer tragfähigen gesetzlichen Lösung zu rechnen?

Für eine kurze Einschätzung und Rückmeldung wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

YYY

Vorstand

Weiterbildung Hamburg e.V.